

Somalia

Wer sind die wirklichen Piraten?

Somalia: Fast zwanzig Jahre Bürgerkrieg sowie zahlreiche Hunger- und Flüchtlingskatastrophen haben das Land und seine Menschen über das Erträgliche hinaus erschöpft. Nach neuesten UN-Angaben sind 1,8 Millionen Bewohner auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die meisten Bewohner der Hauptstadt Mogadischu fliehen vor den kriegesischen Auseinandersetzungen, denen sie durch die Truppen der Übergangsregierung, der mit ihnen verbundenen äthiopischen Armee und der Opposition ausgesetzt sind. Die Lebenssituation der etwa 700.000 Flüchtlinge in den Lagern ist nach Informationen der Hilfsorganisationen katastrophal schlecht. Es mangelt schlichtweg an allem. Und das wirtschaftliche Elend fördert die Ausbreitung von immer mehr Krankheiten. Doch das kaum vorstellbare Leid der Menschen bleibt der Weltöffentlichkeit weitgehend verborgen. Sie wird mit Hilfe der Medien vorwiegend über die internationalen Militäreinsätze gegen somalische Piraten unterrichtet. Über die sozialen Ursachen der Piraterie wird dagegen nur sehr selten informiert.

Warum aus Fischern Seeräuber wurden

Die Fischbestände vor der 3.000 Kilometer langen Küste Somalias zählten früher zu den reichsten in Ostafrika; vor allem Thunfisch gab es im Überfluss. Aber etwa ab Anfang der 1990er Jahre bekamen die einheimischen Fischer vor ihrer Küste eine übermächtige Konkurrenz. Fangflotten aus Europa und Asien reduzieren seitdem die Fischbestände drastisch. Ungefähr 700 Schiffe fischen, wie die Welternährungsorganisation (FAO) ermittelte, jährlich ohne Lizenz vor Somalia. „Piratenfischer“ nennt deshalb die Umweltorganisation Greenpeace die asiatischen und europäischen Hochseetrawler mit ihren riesigen Schlepp- und Treibnetzen. Den somalischen Fischern blieb kaum etwas übrig. Sie wehrten sich gegen die gut ausgerüsteten Piraten, verlangten „Zölle“ und „Steuern“ und kaperten Schiffe. So wurden aus Fischern Seeräuber. Inzwischen wurde aus der Piraterie ein Millionengeschäft. Reiche Hintermänner im Ausland vergeben gezielt Aufträge zur Kaperung von Schiffen.

Doch das Übel wird nicht bei der Wurzel gepackt. Richtig wäre es, den Menschen in Somalia mit einer umfassenden internationalen Initiative zu helfen, damit ihr Land befriedet und ihre hunger- und krankheitsbedingte Not gelindert wird. Stattdessen wird durch die Militarisierung der Konflikte das Elend der Menschen vergrößert.

Eine andere Form der Kolonialisierung

Vor der Küste Ostafrikas konzentrieren sich zurzeit Truppen der Großmächte USA, Russland und China. Und die Deutschen sind auch dabei. Im Rahmen der EU-Operation „Atalanta“ werden bis zu 1.400 deutsche Soldaten der Kriegsmarine im Indischen Ozean eingesetzt. Der Bundestag hat mit der deutlichen Mehrheit von 491 Stimmen der Beteiligung der Bundeswehr an der „Anti-Piraten-Mission“ zugestimmt. Nur 55 Abgeordnete, vor allem Parlamentarier der Linkspartei und einige von den Grünen, sprachen sich dagegen aus; zwölf enthielten sich. Der vom Parlament erteilte Auftrag ist nach Angaben von „Verteidigungsminister“ Jung, ganz wie es die Marine verlangte, ein „robustes Mandat“: Der Einsatz von Waffen wurde ausdrücklich erlaubt, um Schiffe vor Überfällen zu schützen und Piraten aufzubringen. „Das geht vom Schuss vor den Bug bis hin zum Versenken von Piratenschiffen“, erklärte Jung.

Schauplatz des weltweiten Aufmarsches sind die Wasserstraßen, die zu den wichtigsten Handelsrouten der Erde gehören. Die Kontrolle über sie gehört laut „Weißbuch“ der Bundeswehr zu den strategischen Zielen der deutschen Militärpolitik.

Die reichen Industrieländer haben nicht nur die Fischbestände vor Somalias Küste geraubt. Sie haben nach Angaben der UN-Umweltorganisation Unep dort jahrelang außerdem ihren Giftmüll illegal verklappt. Auch deshalb sind Leid und Elend der Menschen größer geworden. Wie in vielen Ländern Afrikas dominieren seit der Zeit der Kolonialisierung die wirtschaftlichen Interessen der reichen Länder des Nordens. Und diese Interessen werden – wie zur Zeit der Kolonialisierung des afrikanischen Kontinents - mit Hilfe von Militäreinsätzen durchgesetzt. Dabei wäre eine neue Weltordnung erforderlich, die ein friedliches, gerechtes und menschenwürdiges Zusammenleben der Völker ermöglicht.

Franz Kersjes